

Referat: Das Grundsatzprogramm der SPD

Erich Ollenhauer (mit Beifall begrüßt): Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Genossinnen und Genossen! Dieser außerordentliche Parteitag soll über den Entwurf eines neuen Grundsatzprogramms unserer Partei beraten und entscheiden, einen Entwurf, den der Vorstand der Partei nach eingehenden Beratungen den Delegierten dieses Parteitages unterbreitet.

Wir sind mit dieser Vorlage dem Auftrag gerecht geworden, den der Parteitag in Stuttgart im Mai 1958 dem Parteivorstand gegeben hat. Damals lag ein erster Programmentwurf vor, und zwar von der Programmkommission ausgearbeitet, und es wurde beschlossen, daß dieser Programmentwurf nun in der Partei zur Debatte gestellt werden sollte. Außerdem beauftragte der Stuttgarter Parteitag den Parteivorstand und den Parteirat, Anfang 1959 zu entscheiden, ob ein außerordentlicher Parteitag im Jahre 1959 zur Verabschiedung des Grundsatzprogramms einzuberufen ist. Beide Körperschaften der Partei haben Anfang dieses Jahres beschlossen, einen solchen außerordentlichen Parteitag einzuberufen, und er findet heute statt.

Gegen diesen Beschluß der Parteinstanzen sind Bedenken erhoben worden. Man hielt die für die Diskussion des Entwurfs zur Verfügung stehende Zeit für zu kurz, so daß man auf diesem Parteitag noch nicht endgültig beschließen, sondern die Entscheidung dem nächstjährigen ordentlichen Parteitag überlassen sollte. Es liegt ja auch heute ein Antrag in dieser Richtung vor.

Ich möchte von vornherein sagen, daß wir, Parteivorstand und Parteirat, diese Bedenken nicht für gerechtfertigt halten. Der Programmentwurf steht praktisch seit Mai 1958 zur Debatte. Das sind eineinhalb Jahre, und die große Zahl der Anträge ist der beste Beweis dafür, daß sich die interessierten Parteiorganisationen und Mitglieder sehr intensiv mit dem Entwurf beschäftigt haben.

Die zu dem Entwurf der Programmkommission eingegangenen Anträge haben den Parteivorstand veranlaßt, den ersten Entwurf zu überarbeiten und einen zweiten Entwurf vorzulegen.

Dieser zweite Entwurf steht jetzt zur Debatte.

Er ist ebenfalls fristgerecht der Parteimitgliedschaft unterbreitet worden. Auch hier zeigen die vorliegenden Anträge, welch großes Interesse er gefunden hat. Zweifellos, die Frist zwischen der Veröffentlichung des zweiten Entwurfs und dem Termin für die Einreichung der Anträge war kürzer als die Zeit für die Diskussion über den ersten Entwurf. Aber diese Regelung war zu verantworten, nachdem der zweite Entwurf gegenüber dem ersten nichts grundsätzlich Neues enthält.

Natürlich könnte man die Diskussion noch weiter fortsetzen. Eine Programmdiskussion wird von sich aus nie zu einem Ende

kommen, weil die Entwicklung immer neue Überlegungen hervorbringen wird, so daß sich immer von neuem über bestimmte Passagen eines solchen Entwurfs diskutieren läßt.

Aus dem Inhalt der Anträge zum ersten und zweiten Entwurf, die allen Delegierten vorliegen, ergibt sich aber, daß die möglichen wichtigen Differenzpunkte in der Diskussion klar herausgearbeitet worden sind. Wir glauben, es ist der Punkt erreicht, an dem der Parteitag eine Entscheidung herbeiführen muß. Es ist der Sinn der Debatte, strittige Fragen zu klären, in der Sache zu diskutieren, Wünsche und Anregungen für die endgültige Formulierung des Programms zu beraten und wenn möglich zu berücksichtigen.

Wir wollen den Versuch machen, in einer solchen sachlichen Auseinandersetzung soweit als möglich gemeinsame Standpunkte zu erarbeiten. Aber ich möchte im Hinblick auf die vorangegangene Diskussion auch hinzufügen: es ist kein Unglück, sondern es entspricht den besten demokratischen Traditionen der Partei, wenn wir am Schluß der Aussprache in bestimmten Fragen den Willen der Mehrheit der Partei durch Abstimmung feststellen und damit eine verpflichtende Entscheidung für die Gesamtpartei fällen. (Beifall)

Genossinnen und Genossen, es ist auch wiederholt die Frage aufgeworfen worden, ob die Beratung und Verabschiedung eines neuen Grundsatzprogramms der Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Situation zu vertreten ist. Wir haben lange gezögert, diese Aufgabe in Angriff zu nehmen, obwohl schon seit 1946 immer wieder die Schaffung eines neuen Grundsatzprogramms gefordert wurde. Wir sind bei den Vorbereitungen sehr behutsam vorgegangen; denn zwischen heute und dem Beschluß des Berliner Parteitags im Jahre 1954, eine Programmkommission einzusetzen, liegen fünf Jahre.

Man kann aber sagen, daß der Verlauf und die Resultate der Parteidiskussion gezeigt haben, daß der Berliner Beschluß, an die Ausarbeitung eines Grundsatzprogramms zu gehen, richtig war. Er hat uns alle veranlaßt, über die Position und die Aufgaben des demokratischen Sozialismus in unserer Zeit gründlicher nachzudenken und Erkenntnisse und Schlußfolgerungen programmatisch zu formulieren. In jedem Fall hat die Programmberatung bereits jetzt einen positiven Wert für die Partei gehabt. Sie hat die Partei angeregt, sich über die Tagespolitik hinaus mit den grundsätzlichen Fragen unserer Zeit auseinanderzusetzen.

Die Diskussion in der Partei war lebhaft, und sie erfolgte in einem Ausmaß wie nie seit 1945. Ich möchte hinzufügen, sie war fruchtbar, sie war nützlich. Die Resultate der Diskussion in vielen Arbeitsgemeinschaften und Studienkreisen der Partei sind nur zum Teil der Öffentlichkeit bekanntgeworden. Sie haben aber ihren Niederschlag gefunden in vielen Anträgen und Anregungen, die auf diesem Parteitag zur Debatte stehen. Die Gesamtpartei sollte allen

Genossinnen und Genossen dankbar sein, die sich trotz der Fülle der tagespolitischen Arbeit dieser Aufgabe gewidmet haben. (Beifall) Dieser Dank gilt vor allem auch den Mitgliedern der Programmkommission, ohne deren mehrjährige und intensive Arbeit wir die heutigen Resultate nicht hätten erreichen können.

Es ist schon in den Begrüßungsansprachen darauf hingewiesen worden, daß unsere Programmdiskussionen mitten in einer Reihe von ähnlichen programmatischen Beratungen im Kreise der europäischen sozialistischen Parteien stehen. Es ist eine interessante Feststellung, daß eine ganze Reihe von Parteien zu dem gleichen Zeitpunkt zu Überlegungen über ein neues Grundsatzprogramm gekommen sind. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß in den Programmdebatten aller Parteien im wesentlichen die gleichen Hauptprobleme gestanden haben oder stehen. Unsere österreichische Bruderpartei hat im Mai vorigen Jahres ihr neues Grundsatzprogramm verabschiedet. Die Schweizer Partei ist ihr vor einigen Monaten gefolgt, und, wie heute schon gesagt wurde, zur gleichen Stunde, in der wir hier tagen, berät und beschließt die holländische Partei der Arbeit über ihren neuen Programmentwurf.

Selbstverständlich hat jede dieser Parteien ihre Position nach den gesellschaftlichen und allgemeinpolitischen Bedingungen in ihrem Land zu bestimmen, aber, wie schon gesagt, geht es in der Debatte im wesentlichen um die gleichen Probleme.

Wir haben als deutsche Sozialdemokratie in unseren eigenen Überlegungen von der Tatsache dieser programmatischen Diskussionen in wichtigen Teilen der europäischen sozialistischen Bewegungen profitiert. Wir haben, vor allen Dingen bei der Beratung des zweiten Entwurfs, manche Anregungen in Betracht ziehen können. In einem speziellen Fall haben wir sogar einen besonderen Nutzen gehabt. Wir haben uns nämlich die großen Erfahrungen und die umfassenden Kenntnisse unseres Freundes Benedikt Kautsky zunutze machen können, der maßgebend an der Erarbeitung des Programms unserer österreichischen Bruderpartei beteiligt gewesen ist und der uns bei der Formulierung des zweiten Entwurfs wertvolle Hilfe geleistet hat. (Beifall) Er ist heute in unserer Mitte, und ich möchte ihm im Namen sicher des ganzen Parteitagess für diese freundschaftliche Hilfe auch an dieser Stelle herzlich danken. (Erneuter Beifall)

Wir verdanken der Internationale auch noch eine andere wesentliche Befruchtung unserer Arbeit, und zwar durch die Frankfurter Prinzipienklärung der Internationale vom Jahre 1951. Alsing Andersen hat eben darauf hingewiesen — und wir haben mit vielen Genossinnen und Genossen Diskussionen darüber geführt —, ob man nicht die Grundgedanken dieser Frankfurter Prinzipienklärung, die eines der bedeutsamsten Dokumente des internationalen demokratischen Sozialismus auch heute noch darstellt, in einem Grundsatzprogramm zitieren oder übernehmen sollte. Wir haben es nicht dem Wortlaut nach getan; aber wer den Entwurf

aufmerksam liest, der wird finden, daß in der gesamten Anlage dieses Entwurfs und in den Grundvorstellungen, die wir entwickelt haben, eine weitgehende Übereinstimmung mit der Erklärung der Internationale vorhanden ist, auf die sich damals alle demokratisch sozialistischen Parteien nach den schrecklichen Erfahrungen des zweiten Weltkrieges geeinigt haben und die damit zur programmatischen Grundlage der internationalen Zusammenarbeit in der Sozialistischen Internationale überhaupt geworden ist. Es ist unsere Überzeugung, daß wir mit unserem jetzt vorliegenden Entwurf in richtiger Weise die Position und die Aufgaben des demokratischen Sozialismus in unserer Zeit und in unserer heutigen Umwelt, vor allem soweit die engere Umwelt der deutschen Politik in Frage kommt, bestimmt haben. Der Entwurf gibt unserer Arbeit und unseren Aktionen eine über die Tagespolitik hinauswirkende Grundlage. Von ihr aus werden wir mit Nutzen und mit größerer Sicherheit die Aufgaben formulieren können, die wir in den tagespolitischen Kämpfen zu bewältigen haben werden.

Das gilt vor allem, Genossinnen und Genossen, für die Ausarbeitung des nächsten Wahl- oder Regierungsprogramms der SPD für die Bundestagswahl im Jahre 1961. Nach der Verabschiedung des Grundsatzprogramms müssen wir an die Lösung dieser Aufgabe gehen und die in unserem Programm festgelegten Grundsätze in die Notwendigkeiten der praktischen Politik der nächsten Jahre übersetzen. Ich möchte am Beginn unserer Debatten noch einmal ausdrücklich folgendes sagen: Grundsatzdebatten und Wahlprogramm sind zwei verschiedene Dinge. Einer der Gründe, die uns veranlaßt haben, das Grundsatzprogramm auf diesem außerordentlichen Parteitag beraten und beschließen zu lassen, war die Absicht, bei den vorbereitenden Arbeiten für den nächsten Bundestagswahlkampf bereits auf der Grundlage des jetzt vorliegenden Programmentwurfs beraten und weiterbauen zu können und eine Verwirrung in der Diskussion über Grundsatz- und Regierungsprogramm zu vermeiden. Ich sage das, Genossinnen und Genossen, weil wir aus diesem Grunde in einer ganzen Reihe von Fällen vorschlagen, Änderungsanträge, deren materiellen Inhalt wir bejahen, nicht anzunehmen und nicht in das Programm einzufügen, weil wir sonst den Charakter des Grundsatzprogrammes sprengen würden. Wir werden alle solche Anregungen, die ins Detail gehen und die uns nützlich erscheinen, zu berücksichtigen haben, wenn wir später über das Wahl- und Regierungsprogramm diskutieren.

Unsere Partei hat in ihrer hundertjährigen Geschichte viele Programmdiskussionen und viele Programme erlebt. Angefangen vom Kommunistischen Manifest von 1848 bis zum Heidelberger Programm des Jahres 1925 war jedes dieser Programme Ausdruck einer bestimmten geschichtlichen Situation. Jedes Programm versuchte Aussagen über die Aufgaben der Sozialdemokratischen Partei in einer bestimmten geschichtlichen Periode zu machen. Keines der Programme wurde von seinen Verfassern oder von den Beschlusskörpern als ein für alle Zeiten unabänderlich geltendes Dogma an-

das zweifellos von allen programmatischen Erklärungen der intergesehen. Das gilt vor allem auch für das Kommunistische Manifest, nationalen sozialistischen Arbeiterbewegung immer das Hervorragendste und das bewegendste historische Dokument des Freiheitskampfes der Arbeiterbewegung bleiben wird. Aber seine Verfasser, Karl Marx und Friedrich Engels, haben selbst schon im Jahre 1872 auf die begrenzte Gültigkeit seiner Feststellungen und auf die Notwendigkeit der Revision bestimmter Teile hingewiesen.

Die späteren sozialdemokratischen Parteiprogramme sind immer wieder von neuen Programmen abgelöst worden, mit dem Ziel, der veränderten gesellschaftlichen Situation gerecht zu werden und Formen und Methoden des Kampfes um die Verwirklichung der Ziele der Partei den neuen Gegebenheiten anzupassen. So sind die Programme der deutschen Sozialdemokratie eine erregende Dokumentation über die geistige Entwicklung des demokratischen Sozialismus in unserem Lande.

Ich bin sicher, daß auch das neue Programm der SPD einen solchen Beitrag darstellen wird. Aber erst spätere Generationen werden feststellen können, ob wir die heutige gesellschaftliche Entwicklung und die sich daraus ergebenden Konsequenzen wirklich richtig gesehen haben werden. Wir sollen uns über die Beschränktheit unserer Einsichten und Möglichkeiten auch bei dieser Programmdiskussion klar sein, weil wir dann in dem richtigen Geist an eine Beratung und Verabschiedung unseres Programms gehen können.

Wir wissen, daß heute — ich glaube, sogar mehr als in anderen Perioden der Geschichte — alle Dinge in Fluß sind. Wir wissen, daß mit der Annahme des Entwurfs unseres Programms die Problematik unserer Zeit und unsere Aufgaben als demokratische Sozialisten nicht endgültig und für unabsehbare Zeiten gelöst sind. Wir werden nur dann eine lebendige und zukunftssträchtige Partei bleiben, wenn wir ständig bemüht sind, die Grundgedanken unseres Programms zum geistigen Eigentum der gesamten Partei zu machen, (Beifall) und wenn wir gleichzeitig mit offenem Sinn die weitere gesellschaftliche und geistige Entwicklung in unserem Volk und in der Welt verfolgen. Vor allem müssen wir uns immer wieder von neuem bemühen, mit den Arbeiten und Resultaten wissenschaftlicher Forschung Schritt zu halten. Das ursprüngliche und oft bewährte Bündnis zwischen Wissenschaft und Forschung auf der einen und sozialistischer Arbeiterbewegung auf der anderen Seite muß immer wieder durch tätiges Zusammenwirken neu bestätigt werden. (Beifall)

Unser Programm ist kein wissenschaftliches Dokument. Es ist und soll das politische Programm einer politischen Partei sein. Unser Parteitag ist kein wissenschaftlicher Kongreß und kein Kongreß von Wissenschaftlern. Er ist ein Kongreß von Politikern. Aber wir sind uns gerade bei der Debatte über dieses Grundsatzprogramm bewußt, daß unser Entwurf und unsere Arbeiten an ihm nicht möglich gewesen wären ohne die Arbeiten sozialdemokratischer Wissenschaftler und

Forscher, vor allem auf dem Gebiet der Gesellschaftswissenschaften. Ihnen haben wir in dieser Stunde für ihre Arbeit zu danken. Sie sollen die Gewißheit haben, daß wir auch in Zukunft im Geiste der besten Traditionen der Partei diese Gemeinschaft fördern und pflegen werden. (Beifall)

Genossinnen und Genossen! Ich möchte, ehe ich zum Programm selbst komme, noch eine weitere wesentliche Feststellung treffen: Das neue Grundsatzprogramm der Sozialdemokratie ist das Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in der Bundesrepublik. Es konnte nicht gestaltet werden durch die Mitarbeit aller Mitglieder und Anhänger unserer Partei in allen Teilen Deutschlands. Die kommunistische Diktatur Pankows hat unsere Mitglieder und Freunde in dem von ihr beherrschten Teil Deutschlands von dieser Mitarbeit ausgeschlossen.

Wir sind uns dieser tragischen Unzulänglichkeit bewußt. Wir möchten unseren Genossen und Freunden in der Zone die selbstverständliche und undiskutierbare Gewißheit geben, daß wir mit ihnen gemeinsam die programmatischen Grundlagen der deutschen Sozialdemokratie neu diskutieren werden, wenn die Stunde gekommen ist, in der wir alle als freie Menschen in einem freien und wiedervereinigten Deutschland die Positionen und die Aufgaben des demokratischen Sozialismus neu bestimmen können. (Beifall)

Wir sind aber fest überzeugt, daß auch das jetzt vorliegende Grundsatzprogramm seinen unbestreitbaren Wert für ganz Deutschland hat. Es bekennt sich nicht nur im Geiste unseres Grundgesetzes zu der verpflichtenden Aufgabe, für die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands in Freiheit zu wirken. Sein Geist, sein Inhalt, sein unmißverständliches Bekenntnis zur Menschenwürde und zu einer Ordnung in Freiheit für alle wird eine Ermutigung für alle Menschen in der Zone sein, die die Unterdrückung und den Terror nur ertragen können in der Hoffnung auf eine hellere Zukunft. Das Programm der SPD bietet allen die Gewähr, daß die Sozialdemokratie weiterhin die Vorkämpferin auch ihrer Freiheit und ihrer Menschenwürde sein wird.

Ich bin sicher, wenn heute die Delegierten der Partei aus der Zone hier mit uns beraten und beschließen könnten, würden sie sich aus innerster Überzeugung mit uns gemeinsam zu den Grundideen dieses Programms bekennen. Wir wissen heute nicht, wann wir den Tag eines solchen gemeinsamen Bekenntnisses erleben werden. Aber wir werden alles tun, damit er kommt. (Beifall)

Genossinnen und Genossen! Mit besonderer Freude erfüllt es uns alle, daß unsere Berliner Genossen an der Diskussion und an der Gestaltung des Programmentwurfs aktiv mitgearbeitet haben. Dadurch ist erneut überzeugend dokumentiert worden, daß die deutsche Sozialdemokratie in Berlin und in der Bundesrepublik nicht nur formal und organisatorisch, sondern vor allem auch geistig und politisch eine Einheit ist. (Beifall) Laßt uns heute in der besonde-

Situation Berlins und als verpflichtenden Gruß des Parteitages an unsere Berliner Partei hinzufügen, daß das auch in Zukunft so bleiben wird, was immer auch kommen mag. (Beifall)

Ich möchte nun zu einigen Punkten kommen, die sich in der Diskussion über den Programmentwurf ergeben haben und die nicht in eine Diskussion über die speziellen Teile des Programms gehören. Es ist zum Beispiel hier und da behauptet worden, das Programm verleugne die Tradition der deutschen Sozialdemokratie und der deutschen Arbeiterbewegung. Genossinnen und Genossen! Dieser Vorwurf ist nicht gerechtfertigt. Sicher unterscheidet sich das neue Programm in Inhalt und Sprache von seinen Vorgängern. Aber wir können uns nicht in der Sprache vergangener Jahrzehnte verständlich machen, und der Inhalt des Programms muß in Beziehung stehen zu den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen.

Die Sozialdemokratische Partei ist und bleibt eine Partei des demokratischen Sozialismus. (Beifall) Sie bleibt fest verwurzelt in der Tradition der um Recht und Freiheit kämpfenden Arbeiterbewegung. Das neue Programm der Partei ist nicht denkbar ohne diesen historischen Hintergrund, und die Sozialdemokratische Partei kann auch in Zukunft nicht auf die starken Impulse verzichten, die ausgehen von der großen solidarischen Leistung, den geistigen und ethischen Kräften, die den Aufstieg der arbeitenden Menschen und die Entwicklung einer machtvollen Arbeiterbewegung überhaupt erst ermöglicht haben.

Mit voller Überlegung haben wir im Schlußteil des Programms den leidvollen, aber erfolgreichen Weg der Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis heute ins Bewußtsein gerufen. Das ist nicht nur ein Stück Geschichtsschreibung, das ist Bekenntnis und Verpflichtung zugleich für die Sozialdemokratische Partei von heute.

Genossinnen und Genossen! In dieser Anerkennung der weiter wirkenden Werte und Kräfte einer großen Tradition liegt auch das Bekenntnis zur Arbeiterschaft als der Vorkämpferin und der Kerntruppe der Freiheitsbewegung unserer modernen Zeit. (Beifall) Die von uns erstrebte neue gesellschaftliche Ordnung wird weit über die Arbeiterschaft hinaus allen ein Leben in Sicherheit und Freiheit ermöglichen, die heute in Unsicherheit und in Furcht vor der Zukunft leben. Deshalb können heute alle Menschen, die sich mit unseren Zielen und Vorstellungen verbunden fühlen, in unserer Partei eine politische Heimat und eine Stätte politischen Wirkens finden.

Wir dürfen und wir werden aber nie vergessen, welchen entscheidenden Anteil die Bewegung der Arbeiterschaft am politischen, sozialen und kulturellen Fortschritt des letzten Jahrhunderts gehabt hat und auch in Zukunft haben wird. Die Entwicklung der Arbeiterschaft durch ihre eigenen Anstrengungen und ihre Kämpfe zu einem selbstbewußten, respektierten Faktor unseres heutigen gesellschaftlichen

Lebens ist eine der größten Ermutigungen unseres Jahrhunderts und ist zugleich Voraussetzung und Bedingung für die Existenz und die Entwicklung einer lebendigen Demokratie.

Aus dieser historischen Entwicklung und aus der Einsicht in die überragende Bedeutung der Arbeiterschaft für die Gestaltung der Zukunft ergibt sich neben den sachlichen Übereinstimmungen das enge und unlösbare freundschaftliche Verhältnis zu den Gewerkschaften. (Beifall) In der Gemeinsamkeit unserer Grundvorstellungen über die neue Ordnung der Gesellschaft bilden die Gewerkschaften und die Partei gemeinsam mit den Genossenschaften die deutsche Arbeiterbewegung als die Gesamtvertretung der arbeitenden Menschen in unserem Volk mit der verpflichtenden Aufgabe, soweit wie nur möglich gemeinsam den Weg in die Richtung des Aufbaus einer neuen Gesellschaft zu gehen. (Beifall)

Zur Kritik an der angeblichen Preisgabe der Tradition kommt noch die Kritik an der Haltung zum Marxismus. Zunächst darf man nicht übersehen, daß die Frage nach dem sogenannten marxistischen Charakter der SPD uns in erster Linie immer wieder von politischen Gegnern aufzudrängen versucht wird, weil sie damit die sachliche Auseinandersetzung mit dem tatsächlichen Inhalt unseres Programms und unseres politischen Wirkens auf ein ihnen genehmeres Feld demagogischer Polemik abschieben möchten. Wir sollten auch in diesem Fall das Spiel der Gegner nicht erleichtern und fördern, indem wir uns in leidenschaftlichen Debatten darüber zerstreiten, ob wir eine marxistische Partei sind oder nicht.

Soweit unsere politischen Gegner diese Diskussion aufbringen, liegt ihnen nichts an der sachlichen Klärung, sondern ihr Ziel ist die Herabsetzung und die Diffamierung der Partei. (Beifall) Anders ist es natürlich mit den Anhängern des Marxismus in unseren Reihen, die auch in dieser Programmdebatte wieder leidenschaftlich um die Wahrung marxistischen Gedankenguts gekämpft haben. Die Forderung, das politische Programm von Karl Marx und Friedrich Engels zum Inhalt eines sozialdemokratischen Grundsatzprogramms vom Jahre 1959 zu machen, ist doch im Grunde so unmarxistisch wie nur denkbar. (Beifall) Wollten wir diesen Vorstellungen folgen, wäre ein Resultat sicher: wir würden in absehbarer Zeit als Sekte politisch einflußlos werden im politischen Kampf unserer Zeit.

Wir sollten diese Diskussion in unserer Partei nicht immer von neuem aufnehmen und vertiefen. Wir wollen uns an die klare Begriffsbestimmung halten, die uns Kurt Schumacher nach 1945 gegeben hat mit dem einfachen Satz:

„Der Marxismus ist eine Methode der soziologischen und politischen Erkenntnis und kein Gebäude von dogmatischen Lehrsätzen.“ (Beifall)

Wir demokratischen Sozialisten sind gerade in der Anwendung dieser Marx'schen Methode auf die Untersuchung unserer heutigen gesell-

schaftlichen Situation und der sich daraus ergebenden Notwendigkeiten und Aufgaben zu dem Entwurf unseres heutigen Grundsatzensprogramms gekommen.

Und nun gestattet noch einige Bemerkungen zum Programm selbst. Ich werde nicht auf alle Einzelheiten eingehen, da wir auf die wichtigsten und am meisten umstrittenen Punkte in der Debatte noch zurückkommen. Es werden sich dann vor allem auch die Genossinnen und Genossen des Parteivorstandes äußern, die besonders stark auf bestimmten Teilgebieten tätig sind und maßgebend an der Formulierung der einzelnen Abschnitte des Programms mitgewirkt haben.

Ich möchte mich auf einige allgemeine Ausführungen zu dem Gesamtaufbau des Programms beschränken. Wir setzen uns in unserem Programm das Ziel, eine Gesellschaft zu erreichen, in der der Mensch ein Leben in Freiheit führen und in Gemeinschaft mit anderen das gesellschaftliche Dasein formen kann. Der Mensch, seine Freiheit, seine Wirkungsmöglichkeiten für die Schaffung einer vernünftigen Gesellschaft stehen im Mittelpunkt unserer programmatischen Vorstellungen. Das ist keine neue Zielsetzung. Es ist die alte und es ist die packendste, die eine Partei des demokratischen Sozialismus sich stellen kann und stellen muß.

Die Befreiung des Menschen aus seiner wirtschaftlichen und politischen Unterdrückung war schon das Ziel des Kommunistischen Manifestes. Sie steht immer wieder im Mittelpunkt aller programmatischen Erklärungen der Sozialdemokratie seit dem Erfurter Programm. Sicher lag im Kommunistischen Manifest das Schwergewicht bei der Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen jener Zeit und in dem Nachweis von der Notwendigkeit und der Möglichkeit der Besserung der materiellen Lage der arbeitenden Menschen. Aber diese Kritik und die Forderung nach besseren politischen und materiellen Bedingungen waren auch damals nicht Selbstzweck. Der Hinweis auf die gesellschaftlichen Triebkräfte und auf die voraussichtlichen Tendenzen und Folgen der gesellschaftlichen Entwicklung, der Nachweis von der überragenden Bedeutung der wirtschaftlichen Triebkräfte für das gesellschaftliche Leben, das alles sollte das Bewußtsein von der großen Bedeutung der gesellschaftlichen Rolle der arbeitenden Menschen stärken und fördern, die als Rechtlose und Ausgebeutete leben mußten.

Die Geschichte der modernen Arbeiterbewegung ist denn auch eine Geschichte des wachsenden politischen Bewußtseins der Arbeiterschaft, ihres Solidaritätsbewußtseins, ihrer wachsenden Einsicht und ihres wachsenden Verantwortungsbewußtseins. Sie ist eine Geschichte des Idealismus und der Opferbereitschaft, die sie neben die größten geistigen und kulturellen Bewegungen unserer Zeit stellt.

Genossinnen und Genossen! Das Wort vom „Materialismus“ der Arbeiterschaft und ihrer Bewegung ist eine der großen historischen Lügen unserer politischen Gegner, (Beifall) mit der sie den Aufstieg der Arbeiterschaft zu bekämpfen und zu verhindern suchten. Hinter

ihr versteckte man den eigenen Egoismus und Materialismus, und durch ihr immer erneutes Vorbringen versuchte man der sachlichen Auseinandersetzung mit dem Ziel und den Forderungen des demokratischen Sozialismus auszuweichen. Heute gibt es andere Versuche der Verleumdung und der Herabsetzung der Arbeiterbewegung, aber sie haben alle die gleiche Wurzel.

Wir bekennen uns in unserem Programm zum Menschen, zu seiner Freiheit und zu seiner Würde. Daraus ergibt sich für uns die doppelte Aufgabe: die Gesellschaft so zu ordnen, daß der Mensch in ihr in größtmöglicher Freiheit auch wirksam werden und gleichzeitig seine Freiheit vor Beschränkungen und Bedrohungen jeder Art schützen und sichern kann.

Das Bekenntnis zur Freiheit und zur Würde des Menschen erfordert das Bekenntnis zur Demokratie. Das sollte nicht nur ein unumstößlicher Grundsatz für uns Sozialdemokraten sein. Wir haben es vielleicht am wenigsten nötig, diesen inneren Zusammenhang zu betonen. Aber wenn ich sehe, wie die sogenannte freie Welt heute in totalitären Lagern sogenannte Verbündete sucht (Beifall) und Gesellschaftskundgebungen mit dem Außenminister von Franco-Spanien veranstaltet, und wenn ich im Rundfunk höre, daß der Außenminister Spaniens Berlin mit den im Bürgerkrieg umkämpften Städten der republikanischen Verteidiger des demokratischen Spaniens vergleicht (Pfui-Rufe), dann frage ich mich: Wie kann die freie Welt den Kampf um die Freiheit gewinnen, wenn diese nicht verbunden ist mit einem unerschütterlichen und uneingeschränkten Bekenntnis zur Demokratie? (Lebhafter anhaltender Beifall)

Für uns ist das Bekenntnis zur Demokratie keine tagespolitische und taktische Angelegenheit. Es ergibt sich aus unserem Bekenntnis zur Freiheit und zur Würde des Menschen. Die Befreiung des Menschen aus der Furcht vor Not und Unterdrückung ist nur dauernd zu sichern durch den demokratischen Sozialismus. Deshalb bekennen wir uns zur Demokratie, ohne Einschränkung und Vorbehalt. Sie ist nicht nur Mittel zum Zweck, sie ist ein wesentlicher, unabdingbarer Bestandteil unserer sozialistischen Vorstellungen. Sozialismus ist nicht möglich ohne Demokratie, und erst im Sozialismus wird die Demokratie endgültig gesichert sein und zur vollen Entfaltung kommen.

Der Weg der deutschen Sozialdemokratie zu diesem positiven und eindeutigen Bekenntnis zur Demokratie und zum demokratischen Staat war hart und schwer. In keinem anderen europäischen Industrieland sind die Arbeiterschaft und die Sozialdemokratie, die Arbeiterbewegung überhaupt, so lange, so hartnäckig und so brutal aus der Mitwirkung im Staat ausgeschaltet worden wie in Deutschland. Erst am Ende des ersten Weltkrieges erfolgte der Durchbruch, und damals belastete man die Sozialdemokratie und die Arbeiterbewegung mit der ganzen schrecklichen Erbschaft des kaiserlichen Deutschlands. Heute spricht man viel von der staatsmännischen

Leistung eines Friedrich Ebert. Sicher mit Recht. Aber wieviel glücklicher hätte die demokratische Entwicklung in Deutschland verlaufen können, wenn man schon damals und schon früher die Notwendigkeit der Demokratie und die Einbeziehung der Arbeiterschaft in die gestaltende Mitarbeit in der Gesellschaft anerkannt und innerlich bejaht hätte. (Beifall)

Dieses zögernde, widerwillige Entgegenkommen gegenüber einer unaufhaltsamen Entwicklung hat ja auch das innere positive Verhältnis der Arbeiterschaft zur Demokratie immer von neuem kompliziert und gehemmt. Die Jahre der Weimarer Republik waren ein sehr schmerzlicher psychologischer und geistiger Entwicklungsprozeß für eine ganze Generation der deutschen Arbeiterbewegung. Ich glaube aber, daß es heute, nach den unvergeßlichen und bitteren Erfahrungen mit einer totalen Diktatur, nach dem Erlebnis der Mißachtung und Schändung menschlichen Wesens und menschlichen Gefühls in der Sozialdemokratie wohl niemanden mehr gibt, der nicht in der Freiheit der Demokratie einen unabdingbaren Bestandteil unseres sozialdemokratischen Bekenntnisses sieht.

In dem Verhältnis zur Demokratie liegt auch der prinzipielle und unüberbrückbare Gegensatz zwischen dem demokratischen Sozialismus und dem Totalitarismus jeder Art. Hier liegt auch die eindeutige und unverwischbare Trennungslinie zwischen den Kommunisten und uns Sozialdemokraten. Die Kommunisten berufen sich zu Unrecht auf sozialistische Traditionen. Ihr politisches Programm und ihre politische Praxis treten sozialistische Grundwerte mit Füßen. Ihre Herrschaft beruht auf dem Machtanspruch einer Partei. Ihre politische Praxis ist die Diktatur einer Partei, und ihre Existenz beruht auf der Unterdrückung der Freiheit und der Würde des Menschen. Für die kommunistische Machtpolitik sind Menschen und Völker nur Mittel zum Zweck. Für den demokratischen Sozialismus aber bleibt die Freiheit des Menschen Richtschnur und Ziel alles seines Wirkens: denn in der sozialistischen Gesellschaft wird der Mensch Mittelpunkt des Ganzen sein.

Für uns bedeutet Demokratie, daß in ihr alle Menschen die größtmögliche Freiheit zur Entfaltung ihrer persönlichen Fähigkeiten und Begabungen, ihrer politischen Rechte, ihrer wirtschaftlichen Initiative, ihres geistigen, religiösen und kulturellen Lebens erhalten. Die Demokratie wird um so lebenskräftiger sein, je vielgestaltiger sich in ihr das gesellschaftliche Leben in all seinen Verzweigungen entfalten kann.

Auf der anderen Seite ist die Demokratie nur lebensfähig, wenn alle ihre gesellschaftlichen Kräfte bereit sind zur Selbstbeschränkung und zur Toleranz. Die Sozialdemokratie hat in ihrem Programm daraus die Schlußfolgerung gezogen, daß sie als politische Partei nicht den Anspruch erhebt, eine Weltanschauungspartei oder ein Ersatz für die Kirche zu sein. Wir haben in unserem Programm die Vorstellung niedergelegt, die ebenfalls Kurt Schumacher im

Jahre 1946 unmittelbar nach dem Wiedererstehen der Partei zum Ausdruck brachte, als er erklärte:

„Es ist gleichgültig, ob jemand durch die Methoden marxistischer Wirtschaftsanalysen, ob er aus philosophischen oder ethischen Gründen oder ob er aus dem Geist der Bergpredigt Sozialdemokrat geworden ist. Jeder hat für die Behauptung seiner geistigen Persönlichkeit und für die Begründung seiner Motive das gleiche Recht in der Partei.“

Die Partei ist in den Jahren seit 1946 weitgehend dieser Auffassung gefolgt, und wir möchten sie hier programmatisch festlegen. Sie findet auch ihren speziellen Ausdruck in der Bestimmung des Verhältnisses zwischen Sozialdemokratie und Kirche.

Genossinnen und Genossen, in dem Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Kirche hat es in der Vergangenheit viele Schwierigkeiten und Probleme gegeben. In ihrem Kampf um Recht und Gerechtigkeit fühlte sich die Arbeiterschaft auf langen Strecken ihres Weges von allen im Stich gelassen. Wir haben heute die Hoffnung, daß wir auf dem Wege zu einem positiveren Verhältnis sind.

Bei unserer Aussage im Programm über das Verhältnis zwischen SPD und Kirche handelt es sich für uns darum nicht um eine Frage der taktischen Formulierung. Wir machen sie, gestützt auf unsere Grundeinstellung und gestützt auf unsere Hoffnung auf ein besseres Verhältnis zwischen Sozialdemokratie und Kirche. Wir machen sie, weil wir als Sozialdemokratie die Partei der Freiheit des Geistes sind. In unserem Programm heißt es, sie, die Partei, ist eine Gemeinschaft von Menschen verschiedener Glaubens- und Denkrichtungen aus der Gemeinsamkeit ihrer sittlichen Grundwerte und politischen Ziele.

Genossinnen und Genossen, unser Bekenntnis zur Freiheit der Demokratie hat nichts gemein, wie manchmal auch behauptet wurde, mit liberalistischen Vorstellungen, die in ihrer letzten Konsequenz zur Anarchie und zum Kampf aller gegen alle führen müssen und die daher nicht fähig sind, die Probleme unserer Zeit zu lösen.

Wir wissen, daß die Anerkennung des Anspruchs auf die Freiheit in jeder Gemeinschaft die Bereitschaft zur Verantwortung und zur Verpflichtung gegenüber dem Ganzen einschließen muß. Demokratie heißt nicht Zügellosigkeit und Anarchie. Demokratie sucht den sinnvollen Ausgleich von Rechten und Pflichten aus dem freien Willen jedes einzelnen Staatsbürgers.

Wir wissen, daß diese Aufgabe eine hohe Anforderung an die Menschen bedeutet. Aber ohne die Bewältigung dieser Aufgabe, die weitgehend eine politisch-erzieherische Aufgabe ist, kann die Demokratie auf die Dauer nicht bestehen. Die Freiheit des einzelnen wird stets ihre Grenze finden im Recht aller auf ihre Freiheit. Und das unterscheidet die Demokratie von der Diktatur, daß diese Grenze nicht diktatorisch bestimmt wird durch eine Partei oder eine Gruppe,

sondern daß sie gesucht wird im ständigen politischen und geistigen Ringen aller gesellschaftlichen Kräfte unserer Zeit.

Die Tatsache, daß das politische Leben in der Demokratie auf der ständigen Auseinandersetzung aller in der Demokratie wirksamen Kräfte beruht, erfordert aber auch eine ständige Wachsamkeit im Kampf um die Sicherung und die Erhaltung der demokratischen Grundrechte des einzelnen und der Gemeinschaft.

Die Demokratie ist stets in Gefahr, durch autoritäre und totalitäre Kräfte bedrängt oder bedroht zu werden. Auch die Demokratie von heute, in der wir leben, ist nicht ungefährdet. Es gibt politische Kräfte, die dauernd bemüht sind, die Freiheit der Demokratie um ihrer machtpolitischen Ziele willen einzuschränken. Das ist die Situation in der Bundesrepublik von heute, in der ein autoritär eingestellter Kanzler ungehindert durch ein willfähriges und schwaches Kabinett und eine ebenso willfährige Mehrheit im Parlament ein Ein-Mann-Regime etabliert, das mit den Vorstellungen einer parlamentarischen Demokratie unvereinbar ist. (Lebhafter Beifall)

Diese Feststellung über die Gefährdung der Demokratie in der Bundesrepublik gilt auch für alle jene Vorstöße auf innenpolitischem Gebiet, die die Grundrechte der Demokratie einschränken wollen. Ich denke nur an die geplante Notstandsgesetzgebung oder an das geplante Pressegesetz, um nur diese beiden Beispiele zu nennen. Es gibt auch die Versuche, die Machtposition der herrschenden Mehrheit auf Kosten des freien und fairen Kampfes um die politische Meinungsbildung des Volkes auszubauen, wie zum Beispiel im Entwurf des Rundfunkgesetzes, den die Bundesregierung vorgelegt hat.

Tiefgehend und bedrohlicher sind allerdings die Erscheinungen auf wirtschaftlichem Gebiet. Der Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft, ohne den die große Leistungsfähigkeit der modernen Industriegesellschaft nicht denkbar ist, hat den führenden Männern der Wirtschaft zugleich große Macht in die Hand gespielt. Die Macht bedroht die Unabhängigkeit und die Bewegungsfreiheit der Arbeitnehmer und ihrer Organisationen, sie gefährdet den Anspruch der Verbraucher, daß ihnen die gesteigerte Ertragsfähigkeit der Wirtschaft in Güte und Preis der Erzeugnisse zugute kommt. Sie nimmt zahllosen leistungsfähigen mittleren und kleinen Unternehmungen die Existenzgrundlage, sie ist eine schwere Hypothek auf den Grundlagen der demokratischen Ordnung, die auf gleiches Recht und nicht auf Macht gegründet sein sollte.

Schließlich kommen hinzu die Gefahren, die sich aus der wachsenden Bürokratisierung unseres öffentlichen Lebens ergeben. Der Staat ist heute Träger vielfältiger Aufgaben auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens. Diese Entwicklung war unvermeidlich, weil nur auf diese Weise die Erfüllung lebensnotwendiger Aufgaben im Interesse der Allgemeinheit sichergestellt werden konnte. Aber der wachsende Behördenapparat auf allen Stufen unseres staatlichen

Lebens bringt auch eine wachsende Bürokratisierung unseres Lebens mit sich. In all diesen Erscheinungen liegen wesentliche Ursachen für das, was man heute die Krise des Parlamentarismus nennt.

Diese Krisenerscheinungen sind unbestreitbar. Sie können aber nicht beseitigt, können nicht gelöst werden mit formalen und technischen Reformen, sondern müssen gelöst werden, indem die demokratischen Kräfte im Volk gestärkt und die außerparlamentarischen Mächte unter die Kontrolle der demokratischen Gewalten gebracht werden. (Zuruf: Sehr gut!)

Unser Grundsatzprogramm ist der Versuch, nicht nur diese Gefahren zu bannen, sondern ein gesellschaftliches System zu entwickeln, das die Freiheit des Bürgers und seine lebendige Mitwirkung in der Gestaltung der Demokratie auf allen Lebensgebieten sichert. In jedem Hauptabschnitt unseres Programms sind unter diesem Gesichtspunkt die Vorstellungen entwickelt, die nach unserer Meinung eine Sozialdemokratische Partei verwirklichen muß, um den Aufbau der neuen Gesellschaft von Freien und Gleichen zu ermöglichen.

Das beginnt in dem Abschnitt „Die staatliche Ordnung“. In ihm bekennt sich die Sozialdemokratische Partei in Übereinstimmung mit ihrem grundsätzlichen Bekenntnis zur Demokratie zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland.

Dieses Grundgesetz ist ein demokratisches und freiheitliches Grundgesetz, das freilich in nicht wenigen Punkten noch fortschrittlicher sein könnte. In unserem Bekenntnis liegt keine Anerkennung der Spaltung Deutschlands, keine Abwendung der Sozialdemokratie von ihrer Einstellung, daß die Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands ein Provisorium ist und ein Provisorium bleiben muß. (Beifall)

Genossinnen und Genossen, in diesem Bekenntnis liegt auch keine Anerkennung der politischen Wirklichkeit der Bundesrepublik von heute, wie sie in dem Regime Adenauer ihren Ausdruck gefunden hat. Der Inhalt und die Zielsetzung unseres Programms zeigen die Größe der Kluft, die zwischen der heute von der CDU praktizierten Politik und unseren Vorstellungen liegt. Wir stehen zu den Grundrechten unseres Grundgesetzes und vor allem zu dem Artikel 20 des Grundgesetzes, in dem es heißt: „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.“

Ich brauche nicht zu sagen, wie weit wir von der Erfüllung dieser Verkündung und Verpflichtung unseres Grundgesetzes noch entfernt sind. Wir werden uns in unserem Wahl- und Regierungsprogramm für das Jahr 1961 konkret mit dieser Wirklichkeit auseinandersetzen und unseren Weg zu einer Neuorientierung der Bundesrepublik in unserem Sinne aufzuzeigen haben. Es ist wichtig, daß gerade in diesem Kapitel unseres Programms die Forderung erhoben wird, daß der Staat als Sozialstaat für alle seine Bürger Daseinsvorsorge zu treffen hat. Hier wird die Sozialpolitik ihres

fürsorglichen Charakters entkleidet und als verpflichtende Aufgabe einer modernen Demokratie herausgestellt.

In diesem Abschnitt „Die staatliche Ordnung“ ist auch das Unterkapitel „Landesverteidigung“ enthalten. Dieses Kapitel hat in den Anträgen und Diskussionen eine besondere Rolle gespielt. Ich möchte deshalb an dieser Stelle einige wenige Bemerkungen zu dieser Frage machen.

Unser Bekenntnis zur Landesverteidigung hat seine Wurzeln in dem Bekenntnis zur Demokratie. Der freie Bürger in der Demokratie kann sich der Verpflichtung zur Verteidigung der Demokratie nicht entziehen. Wir sollten an der Anerkennung dieses Grundsatzes nicht rütteln lassen, der Klarheit in unseren eigenen Reihen zuliebe.

In diesem Zusammenhang ein Wort zur Frage der Kriegsdienstgegner aus Gewissensgründen. Sie werden immer Schutz und Hilfe bei der Sozialdemokratie finden, weil wir entschlossen sind, die auch im Grundgesetz festgelegte Freiheit der Gewissensentscheidung immer wieder und so auch in unserem Entwurf zu verteidigen und zu schützen. Aber für uns als Sozialdemokraten kann sich darin unser Kampf gegen Kriegsgefahr, Kriegspolitik und gegen die Gefahren eines neuen Militarismus nicht erschöpfen. Er muß auf einer breiteren Grundlage und mit allen politischen Mitteln geführt werden, wenn er zum Erfolg führen soll.

Nur wenn wir uns zu dem Grundsatz der Landesverteidigung bekennen, finden wir die richtige Position gegenüber den praktischen politischen Problemen, die sich in der heutigen Zeit für die Verteidigungspolitik jeder Demokratie ergeben, aber auch für die besonderen Gesichtspunkte, die für uns in der speziellen Lage eines gespaltenen Landes bestehen. Ich möchte hier noch einmal unseren Standpunkt unterstreichen: Die Frage der allgemeinen Wehrpflicht ist keine prinzipielle Frage. Sie sollte deshalb im Grundsatzprogramm nicht behandelt werden. Das heißt nicht, daß sich unser Standpunkt gegenüber den jetzt in der Bundesrepublik gegebenen Tatsachen geändert hat. Es bleibt bei unserer Ablehnung der Wehrpflicht in der Bundesrepublik aus den jetzt gegebenen politischen, psychologischen und militärtechnischen Gründen. Wir halten auch fest an der Ablehnung der atomaren Ausrüstung der Bundeswehr und an der Ablehnung der Verwendung atomarer Vernichtungswaffen überhaupt. (Beifall) Ich möchte diese Position von vornherein mit aller Klarheit herausgestellt haben damit wir, wenn wir diesen Punkt diskutieren, nicht unter falschen Voraussetzungen diskutieren und die Verständigung erschweren.

Es gibt über diese Fragen hinaus eine Reihe sehr ernster und von uns im vollen Umfang gesehener Probleme. Zum Beispiel ist entscheidend, daß sich die Bundeswehr in der Bundesrepublik Deutschland nicht wieder zu einem Staat im Staate entwickelt. Sie muß eindeutig den politischen Gewalten der Bundesrepublik, der Demokratie eingeordnet bleiben. Sie muß sich als Wehrmacht des ganzen Volkes betrachten und darf sich nicht zu einem Instrument

einer zufälligen Koalition oder gar einer einzigen Partei entwickeln. Es wäre eine verhängnisvolle Gefährdung der Demokratie, wenn sich von neuem ein Gegensatz zwischen der bewaffneten Macht und der Arbeiterschaft oder zwischen bewaffneter Macht und Sozialdemokratie entwickeln würde. Wir müssen den Kräften entgegentreten — die es zweifellos gibt —, die eine solche Kluft wieder aufreißen möchten. Wir werden in der Abwehr solcher Tendenzen und Gefahren um so erfolgreicher sein, je eindeutiger wir uns in unserem Grundsatzprogramm zur Landesverteidigung bekennen. (Beifall)

Es ist selbstverständlich, aber angesichts vieler Diskussionen über diese Fragen möchte ich es noch einmal ausdrücklich unterstreichen: Die beste und dauerhafteste Sicherung des Friedens und der Freiheit und der Demokratie ist die umfassende, international kontrollierte Abrüstung. (Beifall) Sie zu fördern, für sie zu kämpfen, wie es die deutsche Sozialdemokratie in vielen Jahrzehnten getan hat, ist und bleibt eine der vordringlichsten Aufgaben unserer Partei.

Einige Worte zum Kapitel „Wirtschaft“, zu dem es auch lebhaftere Diskussionen gegeben hat, und es ist ja kein Geheimnis, daß es hierzu weitgehende Meinungsverschiedenheiten gibt. Ich nehme an, daß die Diskussion über dieses Kapitel einen wesentlichen Teil der vor uns liegenden Aussprache dieses Parteitages ausmachen wird. Ich will dieser Debatte nicht vorgreifen. Aber eines möchte ich in dieser Gesamtbetrachtung unterstreichen: Dieser Teil des Entwurfs hat mit die schärfste Kritik gefunden. Doch ist es falsch, wenn behauptet wird, der Entwurf sei das Produkt eines reinen Opportunismus und ziele nur darauf ab, unsere Partei als eine Partei der kleinen Reformen zu zeigen, die sich im Grunde nur in Nuancen von der heutigen Wirtschaftspolitik des Herrn Erhard unterscheidet.

Es hat solche harten Urteile gegeben. Wenn z. B. Herr Erhard solche Behauptungen aufstellt, nun, so muß man das hinnehmen. Man kann darin einen neuen Beweis dafür sehen, daß dieser Mann nicht fähig oder nicht gewillt ist, sich mit den wirtschaftspolitischen Auffassungen der Sozialdemokratie ernsthaft auseinanderzusetzen. Auf der anderen Seite muß man zugeben, daß es für ihn und die CDU sehr schwierig ist, mit der SPD eine ernsthafte Debatte über die Wirtschaftspolitik zu führen, denn dann müßte ja auch der Niedergang der CDU als einer Partei fortschrittlicher Wirtschafts- und Sozialpolitik, wie sie es nach dem Ahlener Programm sein wollte, von ihr zugegeben werden. (Sehr richtig!) Es ist ein weiter Weg von diesem Ahlener Programm bis zur heutigen Wirtschaftspolitik der CDU zugunsten des Großbesitzes und der Restaurierung alter wirtschaftlicher Vormachtstellungen.

Die Unfähigkeit der CDU, dem Grundsatzprogramm der SPD ein eigenes Programm gegenüberzustellen, liegt auf der Hand. Es gibt keinen Gegenvorschlag der anderen Seite. Diese Unfähigkeit liegt begründet in den goldenen Ketten, in denen sich die CDU befindet

und die weitgehend die finanzielle und politische Existenz der CDU und ihre Politik bestimmen und beeinflussen. (Sehr richtig!)

Ich möchte die Kritik aus unseren eigenen Reihen an diesem Teil ernster nehmen. Es wird nämlich der Vorwurf der Preisgabe sozialistischer Vorstellungen besonders nachdrücklich erhoben. Ich glaube nicht, daß er berechtigt ist. Wir haben von unserem Ziel, die Wirtschaft den Interessen der Allgemeinheit unterzuordnen und den Menschen in den Mittelpunkt des wirtschaftlichen Geschehens zu stellen, nichts aufgegeben. Was wir unternommen haben, ist der Versuch, aus der heute gegebenen wirtschaftlichen Situation die Forderungen und Maßnahmen abzuleiten, die unter den heutigen Bedingungen in der wirksamsten Weise auf der einen Seite auch auf dem Gebiete der Wirtschaft das von uns vertretene Prinzip der freien Entfaltung aller produktiven Kräfte zur Geltung bringen. Auf der anderen Seite wollen wir sicherstellen, daß die Wirtschaft als Ganzes ihren eigentlichen nationalökonomischen Zweck erfüllt, d. h. den Interessen der Allgemeinheit dienstbar zu sein, nicht eigenen und persönlichen Interessen.

Auf allen Parteitagungen und bei allen Gelegenheiten, wo die programmatischen Grundsätze der Partei behandelt wurden, haben wir uns immer wieder unerbittlich mit den gewandelten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen auseinandergesetzt. Auch heute müssen wir uns mit den neuen Erkenntnissen, die sowohl die deutschen Sozialdemokraten wie auch die Sozialdemokraten der anderen europäischen Industrieländer in der Nachkriegszeit gewonnen haben, befassen und unsere Vorstellungen und Vorschläge den veränderten Verhältnissen anpassen.

Dabei geht es vor allem um die Auseinandersetzung — ich möchte sagen — mit den alten klassischen Vorstellungen über Verstaatlichung und Sozialisierung, Genossinnen und Genossen, wer will denn bestreiten, daß die Sozialdemokratie immer wieder seit ihrem Bestehen mit diesem Problem gerungen hat, und daß wir heute mit den alten Begriffen nicht mehr auskommen? Es ist doch unbestreitbar, daß die reine Verstaatlichung — vom Umfang des zu verstaatlichenden Teiles der Wirtschaft einmal ganz abgesehen — das Problem einer höchstmöglichen Steigerung der Produktion und der unabdingbaren Verfügungsgewalt zugunsten der Allgemeinheit nicht mehr löst. (Beifall)

Wir machen in aller Deutlichkeit auf die Gefahren aufmerksam, die sich aus der Ballung, aus der Konzentration wirtschaftlicher Macht ergeben. Die Darstellung dieser Gefahren ist ein Kernstück des Abschnittes über die Wirtschaftspolitik. Wir erklären ausdrücklich: Gemeineigentum ist auch eine legitime Form der öffentlichen Kontrolle. Wo mit anderen Mitteln eine gesunde Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig. Wir verzichten allerdings auf einen Sozialisierungskatalog, wie er in einer Reihe von Anträgen gefordert worden ist, und zwar deshalb,

weil nach unserer Überzeugung unser Programm der öffentlichen Kontrolle für alle marktbeherrschenden Zweige der Wirtschaft viel umfassender und wirksamer ist. (Beifall)

Genossinnen und Genossen, wer unter diesem Gesichtspunkt unser Wirtschaftsprogramm prüft, wird zugeben müssen, daß es geeignet ist, unter den heutigen Bedingungen unseres Wirtschaftslebens die Wirtschaft dem Interesse der Allgemeinheit dienstbar zu machen und die verantwortliche Mitarbeit aller schaffenden Menschen als Wirtschaftsbürger zu sichern. Wir hoffen dabei, daß unsere Bemühungen bei der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung durch Unterstützung der von uns auf dem Gebiet der Agrarwirtschaft vertretenen Grundsätze und Forderungen gefördert werden.

Ich verweise in diesem Zusammenhang vor allem auch auf die große Aufgabe, die wir den Gewerkschaften bei der Demokratisierung der Wirtschaft und bei der Mitbestimmung der arbeitenden Menschen in der Führung der Wirtschaft zusprechen. Ich bin sicher, daß im Laufe der Diskussion noch eine Reihe wichtiger Einzelfragen behandelt werden muß. Aber mir kam es darauf an, an dieser Stelle zu einigen der allgemeinen Einwände gegen die wirtschaftlichen Vorstellungen unseres Programms Stellung zu nehmen.

Einige Worte zum Kapitel „Die Sozialordnung“. Dieses Kapitel basiert auf unserer Grundforderung, daß der Staat als Sozialstaat für alle seine Bürger Daseinsvorsorge zu treffen hat. Seine Forderungen für den Aufbau einer umfassenden Sozialordnung beruhen auf der unbestreitbaren Tatsache, daß die moderne Industriegesellschaft die Voraussetzungen dafür geschaffen hat, allen Menschen eine gesicherte Existenz zu ermöglichen. Nach unserer Überzeugung ist es die Pflicht des demokratischen Staates, die notwendigen Voraussetzungen und Einrichtungen für die Verwirklichung dieser Aufgabe zu treffen. Wir sind heute von diesem Ziel noch weit entfernt, und wir sind damit auch weit entfernt von der Erfüllung einer sehr entscheidenden Grundauffassung unseres Grundgesetzes, daß nämlich die Bundesrepublik ein demokratischer und sozialer Bundesstaat sein soll.

Ein weiterer wesentlicher Teil unseres Programms trägt die Überschrift „Internationale Gemeinschaft“. Hier scheinen mir die Ansichten am wenigsten umstritten zu sein. Das liegt sicher nicht am mangelnden Interesse, sondern an der Tatsache, daß in diesen Fragen in der Partei eine weitgehende Übereinstimmung besteht. Ich möchte nur noch einmal unsere Forderung nach der allgemeinen internationalen kontrollierten Abrüstung unterstreichen, die wir als den einzigen sicheren Weg zur dauernden Erhaltung des Friedens ansehen. Außerdem möchte ich mit allem Nachdruck unsere Forderung nach einer Stärkung der Vereinten Nationen erheben. So unvollkommen die Einrichtung heute sein mag, so unvollkommen sie bisher ihre Aufgaben erfüllen konnte, unser Ziel muß sein, sie

zu stärken, sie zu einer internationalen Institution auszubauen, die das Recht und die Macht hat, Streitigkeiten zwischen den Völkern auf friedliche Weise zu schlichten und den Frieden, wenn nötig, durch ihr unmittelbares Eingreifen zu schützen und zu erhalten.

Schließlich, Genossinnen und Genossen, ist die große Aufgabe, die schon Alsing Andersen in seiner Begrüßungsansprache herausgestellt hat und die sich in Zukunft allen freien Völkern stellen wird, die umfassende großzügige Förderung der Entwicklungsländer. Hunderte von Millionen von Menschen in Asien und Afrika sind auf dem Wege zu ihrer nationalen Selbständigkeit.

Wir sind für das Selbstbestimmungsrecht aller Völker. Die Kolonialherrschaft in allen Formen muß ohne blutige Auseinandersetzungen abgelöst werden (Beifall) durch die Anerkennung des Rechts auf Selbstbestimmung für alle Völker ohne Rücksicht auf Rasse, Glauben oder Farbe.

Und mehr noch: Wir müssen bereit sein, diesen Völkern zu helfen, den Hunger in ihren Ländern zu bannen, ihre Wirtschaft zu entwickeln, ihr eigenes politisches und kulturelles Leben frei zu entfalten. Wir müssen es tun in einer gemeinsamen Anstrengung aller Völker, ohne politische Bedingungen und Auflagen, sondern im Geiste der Partnerschaft. Nur auf diese Weise können wir erreichen, daß diese Völker in ihrer jungen Eigenstaatlichkeit in der Entfaltung ihrer eigenen Lebensform aus freiem Entschluß und aus eigener innerer Überzeugung den Weg ins Lager der Demokratie und der Freiheit finden und nicht den Versuchungen neuer totalitärer Kräfte und Mächte unterliegen. Es ist ein lebenswichtiges Kapitel des Kampfes zwischen Freiheit und Totalitarismus. Es wird in den nächsten Jahren und Jahrzehnten in diesen Teilen der Welt entschieden werden.

Was nun noch bleibt, Genossinnen und Genossen, ist in diesem Zusammenhang ein Hinweis auf den Programmabschnitt über das kulturelle Leben. Hier finden die praktischen Forderungen ihren Niederschlag, die sich aus unserer Zielsetzung der Förderung einer freien Entfaltung eines jeden Menschen ergeben. Die deutsche Sozialdemokratie hat in dem Jahrhundert ihres Bestehens den kulturpolitischen Fortschritt in Schule, Lehrerbildung, Wissenschaft, Kunst und Volksbildung durch die Arbeit in Ländern und Gemeinden so nachdrücklich gefördert, daß jedermann weiß: Die Jugend und ihre Förderung finden bei uns immer ihre besten Helfer und Freunde.

Mir kommt es nicht darauf an, die Einzelforderungen dieses Kapitels noch zu erläutern. Aber ich möchte noch einmal auf die Notwendigkeit einer verstärkten politischen Bildung in unserer Zeit hinweisen. Sie ist in der Gegenwart eine politische Aufgabe ersten Ranges. Sie verpflichtet nicht nur Staat und Gesellschaft, sondern sie verpflichtet auch uns, die Partei, zu erhöhten Anstrengungen.

Am Ende meiner Ausführungen, Genossinnen und Genossen, und gerade im Zusammenhang mit diesem Teil des Programms möchte

ich noch einmal auf die großen Gesichtspunkte hinweisen, die unser Programm tragen. Wir haben in unserer Präambel in packenden Worten auf den großen Widerspruch unserer Zeit hingewiesen. Wir haben auf die großen Zusammenhänge aufmerksam gemacht, in die wir mit unserem Kampf als Sozialdemokratische Partei hineingestellt sind. Die Probleme dieser Zeit zu meistern ist eine erdrückende und fast überwältigende Aufgabe. Aber wir haben in der Untersuchung der geschichtlichen Entwicklung unserer Partei und in der Prüfung der unserer Partei und den Ideen des demokratischen Sozialismus inwohnenden Kräfte die Überzeugung gewonnen, daß die Aufgabe unserer Zeit gelöst werden kann, von uns gelöst werden kann.

Die wirtschaftliche, die technische, die wissenschaftliche Entwicklung ist atemberaubend. Sie ist voller tödlicher Gefahren für den Bestand der Menschheit, sie ist aber auch voller unbegrenzter Möglichkeiten für die Wohlfahrt und das Glück der Menschen, wenn wir sie meistern. Alle Fortschritte in Technik, Wissenschaft und Kultur sind Menschenwerk. Diese einfache Tatsache gibt uns die Gewißheit, daß wir auch ihre segensreiche Anwendung meistern können, wenn wir es wollen.

Es wird vom Willen und von den Fähigkeiten der Menschen abhängen, ob die Aufgabe gelingt. Unser Programm zeigt den Weg. Es stellt den Menschen in den Mittelpunkt. Es entwickelt ein Programm der Freiheit und der Sicherheit für alle. Aber es ist kein Programm der billigen Versprechungen und Verheißungen. Es stellt den Menschen, uns selbst, die Aufgabe, in dieser Welt, in der knappen Zeitspanne eines Menschenlebens die Dinge vernünftig und gerecht zu ordnen. Vernünftig und gerecht — nicht mehr, aber auch nicht weniger. Denn nur in einer vernünftigen und gerechten Welt kann der Mensch zur freien Entfaltung seiner Persönlichkeit und zu einer sinnvollen Gestaltung seines Daseins nach seinem eigenen Weltbild kommen.

Die Sozialdemokratische Partei ist in den fast hundert Jahren ihrer Geschichte einen weiten Weg gegangen. Aber dank ihres Wirkens, dank der großen geistigen, sittlichen und ethischen Kräfte, die sie in Millionen von Menschen in der ganzen Welt ausgelöst hat, sind die „Verdammten dieser Erde“ zu einer selbstbewußten geschichtlichen Kraft aufgestiegen, die mit Recht ihren Anspruch geltend macht zusammen mit allen, die guten Willens sind, die gewaltigen Möglichkeiten der modernen Entwicklung in den Dienst des Aufbaus einer freien Gemeinschaft für alle Völker und alle Menschen zu stellen.

Wir alle, vor allem wir Sozialdemokraten, sind wieder einmal aufgerufen, die Aufgabe unserer Zeit und unserer Generation zu erfüllen: den Widerspruch dieser Zeit zu überwinden und auf dem Wege zu einem neuen Abschnitt in der Geschichte der Menschheit voranzugehen, der das Zeitalter des demokratischen Sozialismus sein muß,

weil es keinen anderen Weg gibt, die große Idee, die große Menschheitsidee von der Freiheit und von der Würde des Menschen zu verwirklichen.

Auf dem Weg zu diesem Ziel, Genossinnen und Genossen, in unseren kommenden Arbeiten und Kämpfen für die Erfüllung dieser Aufgabe soll uns unser neues Grundsatzprogramm Wegweiser und Auf-
ruf zugleich sein. (Anhaltender lebhafter Beifall)

Vorsitzender Fritz Steinhoff: Der Beifall ist mir Verpflichtung, Erich Ollenhauer vom Präsidium für seine Ausführungen zu danken. Wir treten jetzt in die Mittagspause ein. Ich möchte aber vorher schon darauf aufmerksam machen, daß heute nachmittag unter anderem mit zur Entscheidung stehen die Anträge 259, 89 und 251. Wir unterbrechen bis 15 Uhr.

(Ende der Vormittagssitzung: 12.56 Uhr)

(Beginn der Nachmittagssitzung: 15.05 Uhr)

Vorsitzender Fritz Steinhoff: Die Beratungen sind wieder eröffnet. Bevor wir in die Verhandlungen eintreten, gebe ich noch einige Grußbotschaften bekannt. Der Kongreß der holländischen Partei der Arbeit sendet dem SPD-Kongreß herzliche Grüße. Er wünscht Erfolg bei der Arbeit und dem Kampf für den demokratischen Sozialismus. (Beifall)

Die Labour Party telegraphiert:

„Es tut uns außerordentlich leid, daß die britische Labour Party nicht in der Lage ist, eine Delegation zu Eurem Außerordentlichen Parteitag in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November zu entsenden. Hauptgrund hierfür ist die fast völlige Inanspruchnahme unserer Partei durch den Entwurf eines neuen Parteiprogramms, das die Diskussionsgrundlage für unseren Kongreß bilden wird. Wir werden jedoch Euren Debatten und der endgültigen Entscheidung große Aufmerksamkeit widmen, da wir wissen, daß verschiedene der in Euren Diskussionen auftauchenden Kernfragen von gleicher Bedeutung auch für uns sind.

Wir wären Euch dankbar, wenn Ihr Eurem Parteitag die besten Wünsche des Exekutivkomitees der Labour Party übermitteln würdet; sagt bitte den Delegierten, wie sehr wir an der Entwicklung innerhalb der SPD und an den in den letzten Landtagswahlen gemachten Fortschritten interessiert sind. Möge dieser Parteitag mit seinen Entschlüssen Eure Partei dem Sieg um einen entscheidenden Schritt näherbringen.

Morgan Phillips“

Die finnische Partei schreibt:

„Zusammen mit unseren herzlichsten Grüßen für die deutsche Bruderpartei wünschen wir dem Parteitag besten Erfolg. Möge er Beschlüsse fassen, die noch mehr als früher die Stellung der Sozialdemokratie stärken werden.

Vainö Tanner
Kaarlo Pitsinki“

Der Vorstand der Maltesischen Labour Party wünscht unserem Parteitag einen außerordentlichen Erfolg.

Die Sozialdemokratische Partei Japans schreibt:

„Lieber Genosse Ollenhauer,

Übermitteln Sie bitte dem Parteitag die besten Wünsche der japanischen Sozialisten für einen erfolgreichen Abschluß der Beratungen zum Grundsatzprogramm.“

Weiter teilt uns der Ministerpräsident von Niedersachsen, Hinrich Wilhelm Kopf, mit, daß er leider durch Krankheit verhindert ist. Er wünscht dem Parteitag einen erfolgreichen Verlauf.

Ich muß noch eine Lücke in bezug auf die Begrüßung schließen. Ich begrüße nachträglich auch den Genossen Werner Kuhlmann als Vertreter der Gewerkschaft der Polizei.

Wir treten in die Beratung ein. Zunächst einmal müssen wir entscheiden über die Anträge 89 (Bremen), 251 (Ortsverein Neersen) und 259 (Partei Vorstand und Parteirat).

Ich eröffne die Debatte zunächst zu diesen drei Anträgen. Es handelt sich darum, ob wir die endgültige Beschlußfassung für ein Jahr oder nur für ein halbes Jahr aussetzen, oder ob wir dem Vorschlag des Parteivorstandes und Parteirates folgen. Nur zu diesem Fragenkomplex soll zunächst gesprochen werden.

Wir müssen darüber entscheiden, weil von dieser Vorentscheidung die weitere Arbeit, die so oder so in die Wege geleitet werden muß, abhängt. Ich erteile das Wort dem Genossen Moritz Thape.

Moritz Thape, Bremen: Mit ihrem Antrag will die Landesorganisation Bremen erreichen, daß auch in den einzelnen Ortsvereinen eine gründliche Vorbereitung sichergestellt ist. Die verbleibenden sechs Wochen reichen für uns nicht aus, um den zweiten wesentlich veränderten Entwurf mit der notwendigen Sorgfalt zu behandeln. Der Hinweis auf den Zeitdruck wird auch nicht durch die Tatsache entkräftet, daß bestimmte Anträge in dem zweiten Entwurf mit verarbeitet bzw. in ihn aufgenommen wurden. Entscheidend ist für uns, daß in sechs Wochen kein neuer Parteiprogrammentwurf in den Organisationen beraten werden konnte. Wir sind auch nicht der Mei-